

Vorlagen-Nr. **568/2023**

Öffentlich	568/2023
nichtöffentlich	

Antragsteller: AfD-Fraktion

Wilhelmshaven, 21.07.2023

Antrag AfD-Fraktion: Prüfauftrag für eine Gemeinnützige- Arbeitspflicht für Geflüchtete und Migranten

Beratungsfolge	Sitzungstag
Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration	24.08.2023
Verwaltungsausschuss	28.08.2023
Rat	30.08.2023

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, Migranten und Geflüchtete, die in Wilhelmshaven Sozialleistungen nach SGB II erhalten und ohne Arbeitsplatz sind, für eine „Tätigkeit im öffentlichen Interesse in Form der „gemeinnützigen Arbeit“ zu prüfen und umzusetzen.

Begründung:

„Gemeinnützige Arbeit“, fördert „die Integration“ und sei im Interesse der Aufnahmestadt Wilhelmshaven. Die Einsatzgebiete wären etwa die Pflege von Grünflächen, die Arbeit in der Straßenreinigung, städtische Bauunterhaltung, Schulreinigung und in der Altenpflege oder im Küchenbereich. „Die verpflichtende Ausübung einer Tätigkeit im öffentlichen Interesse sollte zwingend auch mit einem Sprachkurs verbunden werden. Es muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verhindert werden, dass Asylbewerber über Jahre hinweg abhängig von staatlichen Transferleistungen bleiben.